



Landeshauptstadt  
Mainz

# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Ortsbeirates Mainz-Altstadt**

**am 28.06.2023**

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Dr. Huck, Brian

### **- Ortsbeiratsmitglieder**

Ammann, Renate  
Dr. Both, Barbara  
Coppess, Viviane  
Drescher, Christiane  
Focke, Giacomo  
Dr. Hofner, Benjamin  
Dr. Klee, Wolfgang  
Mende-Daum, Ilona  
Schilling, Gabi  
Wolf, Gertrud

### **- Stadtratsmitglieder mit beratender Stimme**

Boos-Waidosch, Marita

### **- Schriftführung**

Wagner, Christoph

## Entschuldigt fehlen

### **- Ortsbeiratsmitglieder**

Julius, Ludwig  
Keilholz, Linda  
Rahms, Isabell

### **- Stadtratsmitglieder mit beratender Stimme**

Gerster, Thomas  
Sayer, Leonie  
Willius-Senzer, MdL, Cornelia

## Tagessordnung

### a) öffentlich

#### Anträge

1. WC-Container als Denkmalzonen-Bestandteile (SPD, GRÜNE)
2. "Urban Gardening" oder "Gärtnern in der Stadt" neu bewerben (DIE LINKE., ÖDP, SPD)
16. Brandgefahr am Rheinufer
3. Einwohnerfragestunde

#### Anfragen

4. WC-Container als Denkmalzonen-Bestandteile (SPD, GRÜNE)
5. Anfragen Augustinerstraße
  - 5.1. Augustinerstraße 22: Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, um dem Trauerspiel ein Ende zu bereiten? (GRÜNE)
  - 5.2. Bauruine - Augustinerstraße (CDU)
6. Aufwertung des Erscheinungsbildes und Erhöhung der Verkehrssicherheit des Hopfengartens (GRÜNE)
7. Prüfungen zu einer Haltestelle in der Gaustraße (GRÜNE)
8. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
  - 8.1. Stärkung des Freiraumstandortes Innenstadt (GRÜNE)
  - 8.2. Stärkung des Wohnstandortes Innenstadt (GRÜNE)
  - 8.3. Stärkung des Einkaufsstandortes Innenstadt (GRÜNE)
  - 8.4. Zufahrtsschutzkonzept - Wie und wann wird der Fußgängerbereich der Innenstadt geschützt? (GRÜNE)
  - 8.5. Kulturstandortplanung in der Altstadt (GRÜNE)
  - 8.6. Weiteres Vorgehen der Verwaltung zum Erhalt des Programmkinos (GRÜNE)
  - 8.7. Wartehallen an Haltestellen (GRÜNE)
  - 8.8. Pflastersteine Hintere Bleiche - Bahnhofstraße (CDU)
  - 8.9. Ösen und Haken an Häuserwänden der Innenstadt (DIE LINKE.)
  - 8.10. Ergänzende Antwort zu Anfrage 0594/2023 Weinstand Fischtor
9. Sachstandsberichte
  - 9.1. Sachstandsbericht zu Antrag 1526/2022 der CDU Ortsbeiratsfraktion Mainz-Altstadt
  - 9.2. Sachstandsbericht zu Antrag 0775/2023 der FDP Ortsbeiratsfraktion
  - 9.3. Sachstandsbericht zu Antrag 0781/2023/1 - GRÜNE;
  - 9.4. Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0609/2023 (GRÜNE)

10. Beschlussvorlagen
  - 10.1. Haushaltsangelegenheiten Schulwegsicherheit Kleine Weißgasse
  - 10.2. Aktualisierung der nachrichtlichen Denkmalliste
11. Mitteilungen und Verschiedenes
  - 11.1. Termin Bürgerbeteiligung Rheinufer
  - 11.2. Termin Bürgerinformation zur Ludwigstraße
  - 11.3. Städtisches Toilettenkonzept
12. Stadtteilmittel

**b) nicht öffentlich**

**Anfragen**

- 5.1. Anfrage (GRÜNE)
  - 5.2. Anfrage (CDU)
13. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
14. Mitteilungen und Verschiedenes
15. Beschlussvorlagen

Der Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung erfolgt zu 8.1, 8.2 und 8.3 die vertagte Aussprache.  
Unter TOP 11 wird 11.3 Toilettenkonzept ergänzt.

Der von Herrn Dr. Klee eingebrachte Dringlichkeitsantrag wird mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit in die Tagesordnung aufgenommen.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

### Anträge

#### **Punkt 1**            **WC-Container als Denkmalzonen-Bestandteile (SPD, GRÜNE)** **Vorlage: 0873/2023**

Der von Frau Mende-Daum begründete Antrag wird einstimmig beschlossen.

Frau Ammann erklärt, dass es in Japan Formen von künstlerisch gestalteten öffentlichen WC-Anlagen gebe, von denen sich die Stadt bei der Ausgestaltung gerne inspirieren lassen könne. Herr Klee merkt an, dass mobile Toilettenwagen praktikabel wären, insbesondere für die städtischen Veranstaltungen.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage zum gleichen Thema noch aussteht.

Er berichtet weiterhin, dass der am Container angehängte Verweis auf die öffentliche Toilette im Kreuzgang des Dommuseums vielen Leuten missverständlich ist, sodass sie stattdessen das Gutenbergmuseum aufsuchen, was für das Museumspersonal sehr viel unnötigen Ärger produziert.

#### **Punkt 2**            **"Urban Gardening" oder "Gärtnern in der Stadt" neu bewerben** **(DIE LINKE., ÖDP, SPD)** **Vorlage: 0931/2023**

Der von Herrn Focke begründete Antrag wird in einer aktualisierten Version nach intensiver Beratung einstimmig beschlossen.

#### **Punkt 16**            **Brandgefahr am Rheinufer**

Im Zuge der Antragsdiskussion wird um getrennte Abstimmung zu den einzelnen Punkten gebeten. Begründung ist, dass es zu den Punkten 2 und 3 bereits Maßnahmen seitens der Stadt gibt, bspw. mit dem Einsatz von Grillscouts. Der Vorsitzende verweist bei Punkt 2 darauf, dass der aufgeführte Volkspark noch aus dem Text raus muss.

Der von Herrn Klee begründete Antrag wird folgendermaßen beschlossen:

Punkt 1: einstimmig

Punkt 2: 1 ja, 6 nein, 4 Enthaltungen

Punkt 3: 1 ja, 8 nein, 2 Enthaltungen

Punkt 4: einstimmig

### **Punkt 3**            **Einwohnerfragestunde**

Herr Demmler fragt an bzgl. Umgestaltung Binger Straße, inwieweit der Ortsbeirat informiert wurde. Er sieht bezüglich des bisherigen Umbaus am Münsterplatz Planungsfehler (z.B. bei Bewässerung der Hochbeete), und meint, es sei Aufgabe des Ortsbeirats durch eine frühzeitige Einbindung auf diese Probleme hinzuweisen.

Der Vorsitzende antwortet, dass es bzgl. Umgestaltung Münsterplatz und Langgasse Planstufen gab, über die jeweils informiert wurde, allerdings mit unterschiedlichem Grad an Details. Einiges sei durch den Maßstab oder durch Abkürzungen nicht ohne weiteres erkennbar gewesen. Im Hinblick auf das Planfeststellungsverfahren zum Straßenbahnausbau hatte der Vorsitzende in der vergangenen Sitzung dem Ortsbeirat vorgeschlagen, keine Stellungnahme abzugeben. Die SGD Süd wird die Stellungnahme von Herrn Demmler, die er in Kopie auch dem Vorsitzenden überreicht, in ihrer Zuständigkeit prüfen.

Herr Mayer fragt an bzgl. Bauruine Augustinerstraße 22 und kritisiert als betroffener Anwohner die gegenwärtige Situation. Der Bürger stellt die Verhältnismäßigkeit infrage, dass der "Schandfleck" dastehe, er selbst aber Strafe zahlen musste für ein selbst angebrachtes Schild für seinen Laden an einem denkmalgeschützten Haus. Des Weiteren äußert er sein Interesse an die noch nicht vorliegende Antwort zur Anfrage bzgl. Hopfengarten, die Attraktivität des Platzes leide auch aus seiner Sicht aufgrund unzureichender Pflege. Auf einen Vorschlag seitens der Eisgrubschule (Herr Mayer gehörte dem Schulelternbeirat an), Hilfe bei der Grünpflege zu leisten, habe die Stadt negativ geantwortet.

### **Anfragen**

#### **Punkt 4**            **WC-Container als Denkmalzonen-Bestandteile (SPD, GRÜNE)** **Vorlage: 0874/2023**

Die Verwaltung wird gebeten, die Antwort schnellstmöglich nachzureichen.

#### **Punkt 5**            **Anfragen Augustinerstraße**

#### **Punkt 5.1**            **Augustinerstraße 22: Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, um dem Trauerspiel ein Ende zu bereiten? (GRÜNE)** **Vorlage: 0927/2023**

Die Antwort des Dez. VI vom 28.06.2023 wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung aufgerufen.

**Punkt 5.2**      **Bauruine - Augustinerstraße (CDU)**  
**Vorlage: 0932/2023**

Die Antwort des Dez. VI vom 28.06.2023 wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung aufgerufen.

**Punkt 6**      **Aufwertung des Erscheinungsbildes und Erhöhung der**  
**Verkehrssicherheit des Hopfengartens (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0928/2023**

Die Verwaltung wird gebeten, die Antwort schnellstmöglich nachzureichen.

**Punkt 7**      **Prüfungen zu einer Haltestelle in der Gaustraße (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0930/2023**

Die Verwaltung wird gebeten, die Antwort schnellstmöglich nachzureichen.

**Punkt 8**      **Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

**Punkt 8.1**      **Stärkung des Freiraumstandortes Innenstadt (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0057/2023**

Die Antwort des Dez. VI vom 06.04.2023 wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

Der Ortsbeirat merkt an, dass von den zwölf Maßnahmen in der Tabelle bei Frage 1 keine einzige durchgeführt sei, und die einzige Maßnahme, die sich „in Ausführung“ befinde, betreffe ein Gebäude und gerade nicht den „Grün- und Freiraum“. Dies zeuge von einem Mangel an Gestaltungs- oder Durchsetzungswillen in diesem Themenbereich.

In der Antwort auf Frage 2 wird auf einen langen und komplexen Prozess hingewiesen, der allerdings kaum angefangen sei, und bei dem keine klare Zeitlinie benannt werde. Der Ortsbeirat warnt davor, bei Bürgerbeteiligungen Begehrlichkeiten zu wecken, die lediglich zu Frust in der Bevölkerung führen, wenn die Maßnahmen nicht entsprechend zeitnah realisiert werden. Es sei zudem in solchen Prozessen unklar, wer letztendlich entscheide was umgesetzt werde und was nicht. Die Differenzierung der Plätze in Fragen 3 und 4 sei räumlich nicht nachvollziehbar.

Der Ortsbeirat äußert deutliche Kritik an der Formulierung der Verwaltung zu Frage 6, eine Entsiegelung unterhalb des Kaisertores sei nur „grundsätzlich denkbar“. Angesichts des Klimanotstands müsse zu erwarten sein, dass eine Entsiegelung ausdrücklich geplant werde.

Eine konkrete Verortung von Flächen für Begrünungsmaßnahmen erfolgt nicht. Der Vorsitzende hebt in diesem Zusammenhang den Satz hervor, bei dem von einem „Spannungsfeld unterschiedlicher stadteigener und stadtfremder Belange“ die Rede ist, und verweist auf die bisherige Beschlussfassung im Ortsbeirat und im Stadtrat sowie auf frühere Antworten auf Anfragen im Ortsbeirat, in denen die Verwaltung sich als wenig empfänglich für die Wünsche der Gremien nach verbindlichen Regelungen gezeigt habe. Die Zuständigkeitsaufteilung, die in der Antwort auf Frage 7 dargestellt wird, sei eine thematische Aufteilung; die wiederholten Bitten des Ortsbeirats nach einer räumlichen Zuordnung würden dadurch nicht berücksichtigt.

Im Hinblick auf die Aussage in Frage 8, es seien „keine größeren Freiflächen im privaten Besitz bekannt“, verweist der Ortsbeirat auf die Verhandlungen der Stadt zu der Freifläche zwischen Ballplatz und Weißliliegasse und zeigt sich verwundert, dass dies der Liegenschaftsverwaltung nicht bekannt sei. Zudem wird kritisiert, dass - um den Anteil an Freiflächen zu erhöhen - nur bereits bestehende Freiflächen in Betracht gezogen werden. Vielmehr wären bebaute Flächen, bei denen Abrisse erfolgen würden, eher dazu geeignet, Freifläche zu vermehren. In diesem Zusammenhang wird die planerische Absicht gelobt, die Spielfläche in der Schlossergasse durch Abriss eines Gebäudes auf dem Grundstück, das neulich von der Hochschule erworben wurde, zu vergrößern. Dies hätte in dieser Antwort aufgeführt werden sollen.

Des Weiteren wird angemerkt, dass der geplante Dachbereich an der Ludwigstraße kein adäquater Ersatz für öffentliche Grünflächen darstellen wird. Der Vorsitzende verweist auf die für den 04.07.2023 geplante Bürgerbeteiligung zum Rheinufer hinsichtlich Grünflächen und fordert zur Teilnahme auf.

## **Punkt 8.2      Stärkung des Wohnstandortes Innenstadt (GRÜNE)** **Vorlage: 0058/2023**

Die Antwort des Dez. VI vom 23.05.2023 wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

Kritik kommt in Bezug auf die Antwort auf Frage 1 auf, da nur drei der zehn genannten Bebauungspläne sich im Gebiet der Altstadt befänden. Von diesen drei sei einer, A 262, nicht geeignet, den Wohnstandort Innenstadt zu stärken. Die Antwort auf Frage 5 wird ob ihrer Objektivität und Klarheit gelobt und zeigt auf, dass die Wohnfunktion der Altstadt im Vergleich zu den anderen Stadtteilen abnimmt, da die Einwohner:innenzahl sich nur unterdurchschnittlich erhöhe. Daher sei es auch nicht verwunderlich, dass die Verwaltung, wenn gefragt, wie Bebauungspläne die Wohnfunktion stärken, in Frage 1 auf andere Stadtteile wie Oberstadt und Neustadt ausweichen müsse.

Die Grundsätze der Neuen Leipzig-Charta, wie sie in der Antwort auf Frage 3 angeführt werden, finden in den Reihen des Ortsbeirats viel Anklang. Allerdings gehe nicht aus der Antwort auf die Anfrage hervor, wie diese konkret in der Altstadt zur Anwendung kommen sollen. Die Zögerlichkeit, mit der die Stadt auf das Instrument der Bauleitplanung zurückgreift, um diese Grundsätze umzusetzen, wird vom Ortsbeirat als fehlender Gestaltungswille empfunden. Die Verwaltung begnüge sich im letzten Absatz von der Antwort auf Frage 1 damit, dass eine Wohnentwicklung stattfinden könne unabhängig davon, ob es tatsächlich stattfände oder irgendwie politisch gesteuert würde.

Die Feststellung der Verwaltung, es sei „nicht erforderlich, Bauleitpläne aufzustellen“, komme aus Sicht des Ortsbeirats vor, als sei die Strategie der Stadt auf passives Abwarten beschränkt.

Viel Kritik aus verschiedenen Parteien erfährt die Antwort auf Frage 6. Gerade die immissionsschutzrechtlichen Gründe, die in der Antwort angeführt werden, verlangen nach einer Reaktion, um gesunde Wohnverhältnisse dort, wo neues Baurecht geschaffen werde, zu ermöglichen. Es müsse der Verkehrslärm in der Fußgängerzone reduziert werden, anstatt zusätzlichen Lieferverkehr hier anzuziehen. Das Instrument des Lärmaktionsplans könne hier einen Beitrag zur Stärkung des Wohnstandorts liefern, und es wird bedauert, dass die Verwaltung diese Möglichkeit in ihrer Antwort komplett außer Acht ließe. Es wird weiterhin angemerkt, dass Wohnungen in der lärmbelasteten Rheinstraße (Ecke Weintorstraße) nach §34 entstehen, obwohl die gesunden Wohnverhältnisse von noch stärkeren Lärmimmissionen betroffen sein müssten als in der Ludwigsstraße. Auch das Argument der Verwaltung bei Frage 12 der Anfrage 0060/2023 - dass „Wohnungen in den stark frequentierten Bereichen der Innenstadt [...] im ersten Obergeschoss problembehaftet“ seien, „sowohl in Bezug auf Immissionen als auch hinsichtlich der Sicherung der Privatheit“ - wird zurückgewiesen, zumal das Wohnen in der Augustinergasse oder anderen Bereichen der Fußgängerzone oberhalb von Gewerbe eher den Regelfall darstelle und für die europäische Stadt geradezu typisch sei.

In Bezug auf die Maßnahmenliste in Frage 7 (sowie die Fragen 8 bis 13 zu einzelnen Standorten) wird festgestellt, dass inzwischen klar sei, dass keine Stärkung des Wohnraums mehr an vielen dieser Stellen zu erwarten sei. Somit würden wenig realistische Projekte (bspw. Wohnstandort Allianzhaus oder Ernst-Ludwig-Platz) immer noch aufgeführt. Die wenigen Kenntnisse der Verwaltung über die aktuellen baulichen Nutzungen im Osteiner Hof (Frage 8) sorgen für Überraschung und können nicht nachvollzogen werden. Der Verweis auf das Forum Regierungsviertel in Frage 10 wirke deplatziert, da weitere Wohnnutzungen dort gar nicht im Gespräch seien.

Ebenfalls für den Ortsbeirat nicht nachvollziehbar sei der Hinweis in der Antwort auf Frage 15 auf den Kauf der Immobilien der Hochschule, denn die bisherigen Sachstandsberichte zu diesen Standorten würden nicht aufzeigen, dass über eine Wohnnutzung an dieser Stelle nachgedacht werde.

Der Vorsitzende weist in Hinblick auf die Antwort zu Frage 16 darauf hin, dass das „späte Frühjahr“ nur noch zwei Tage habe, aber das Potenzialgutachten liege immer noch nicht vor. Damit seien die Hinweise auf dieses nicht vorliegende Gutachten in den Antworten zu Fragen 18 und 19 nicht verwertbar. Zudem sei die Antwort auf Frage 19, mit Verweis auf das ebenfalls nicht vorliegenden Außenpotenzialgutachten, nicht auf die altstadtspezifische Fragestellung ausgerichtet.

**Punkt 8.3**      **Stärkung des Einkaufsstandortes Innenstadt (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0060/2023**

Die Antwort des Dez. VI vom 18.04.2023 wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende lobt die klaren Aussagen der Verwaltung in den Fragen 1 und 2, dass im Hinblick auf die Funktion als Oberzentrum seitens der Verwaltung keine strukturierte Reduzierung der Einzelhandelsflächen angestrebt wird. Dies stehe allerdings in Widerspruch zur faktischen Reduzierung durch den Verlust des Kaufhausstandorts an der Ludwigsstraße und die zunehmende kulturelle Nutzung, die dort beabsichtigt werde. Aus den Reihen des Ortsbeirates wird exemplarisch auf Leerstände und zahlreiche Geschäftsschließungen verwiesen, so dass die Antwort auf Frage 3 wenig überzeuge.

Mit Frage 4 habe die Verwaltung die Möglichkeit gehabt, sich zur Neuen Leipzig-Charta zu bekennen und etwaige Defizite in der Baunutzungsverordnung auch wertend zu benennen. Die Antwort verzichte jedoch auf eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Themen - sie beschränkt sich auf die neutrale Anwendung der gesetzlichen Vorgaben und lasse, wie beim vorherigen Thema Wohnen, keinen Gestaltungswillen erkennen.

Auch die Antworten auf Fragen 7 und 8 zeigen auf, dass die Stärkung des Einkaufsstandorts (analog zur Stärkung des Wohnstandorts) mit bauleitplanerischen Instrumenten nicht beabsichtigt sei. In Verbindung mit den Antworten auf Fragen 16 und 17 entstehe der Eindruck, eine Stärkung des Einkaufsstandorts sei nur auf Antrag einzelner privaten Akteur:innen oder in Verbindung mit der Wirtschaftsförderung möglich, nicht jedoch als Ergebnis stadtplanerischer Maßnahmen.

Die Antwort auf Frage 18 wird dahingehend kritisiert, dass in den genannten Arealen keine Handelsnutzung angestrebt oder auch sinnvoll sei.

**Punkt 8.4**      **Zufahrtsschutzkonzept - Wie und wann wird der Fußgängerbereich der Innenstadt geschützt? (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0589/2023**

Kenntnisnahme der Antwort des Dezernates V vom 22.06.2023.

Frau Ammann fragt in Bezug auf die Antwort zu Frage 4, welche Anlieger:innen über „technisch-organisatorische Bedienelemente zum Passieren der Sperranlagen an die Hand bekommen werden“ und wie zur Reduzierung des Lieferverkehrs in und aus der Fußgängerzone die Zahl der Bedienelemente nach oben hin begrenzt werden kann.

**Punkt 8.5**      **Kulturstandortplanung in der Altstadt (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0602/2023**

Kenntnisnahme der Antwort des Dezernates VI vom 27.06.2023.

Frau Ammann fragt bzgl. Antwort zu Frage 1 warum angesichts der Tatsache, dass sich in der Altstadt die größte Anzahl der bedeutenden Kultureinrichtungen der Stadt Mainz befindet, keine Gesamtplanung vorgenommen werden könne.

**Punkt 8.6**      **Weiteres Vorgehen der Verwaltung zum Erhalt des Programmkinos (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0603/2023**

Die Antwort des Dez. VI vom 23.06.2023 wird mit Nachfrage zur Kenntnis genommen.

Frau Boos-Waidosch fragt nach den Details bzgl. der Interimslösung.

**Punkt 8.7**      **Wartehallen an Haltestellen (GRÜNE)**  
**Vorlage: 0779/2023**

Die Antwort des Dez. III vom 26.06.2023 soll aufgrund der erst kurzfristig erfolgten Freigabe der Tabelle im Anhang erst in der nächsten Sitzung zur Kenntnis genommen werden.

**Punkt 8.8**      **Pflastersteine Hintere Bleiche - Bahnhofstraße (CDU)**  
**Vorlage: 0597/2023**

Kenntnisnahme der Antwort des Dez. V vom 12.06.2023.

**Punkt 8.9**      **Ösen und Haken an Häuserwänden der Innenstadt (DIE LINKE.)**  
**Vorlage: 0778/2023**

Kenntnisnahme der Antwort des Dez. I vom 27.06.2023.

**Punkt 8.10**      **Ergänzende Antwort zu Anfrage 0594/2023 Weinstand Fischtor**

Die ergänzende Antwort des Dez. III vom 27.06.2023 wird aufgrund der Kurzfristigkeit in der nächsten Sitzung zur Kenntnis genommen.

**Punkt 9**      **Sachstandsberichte**

**Punkt 9.1**      **Sachstandsbericht zu Antrag 1526/2022 der CDU Ortsbeiratsfraktion Mainz-Altstadt**  
**hier: Parkscheinautomat Dr.-Maria-Herr-Beck-Platz**  
**Vorlage: 0656/2023**

Der Sachstandsbericht des Dez. V vom 04.05.2023 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 9.2**      **Sachstandsbericht zu Antrag 0775/2023**  
**hier: Ladezone Große Langgasse Umbach**  
**Vorlage: 0981/2023**

Der Sachstandsbericht des Dez. V vom 27.06.2023 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 9.3**      **Sachstandsbericht zu Antrag 0781/2023/1 - Grüne;**  
**hier: Vergabe der Außenwerberechte der Stadt Mainz**  
**Vorlage: 0963/2023**

Der Sachstandsbericht des Dez. III vom 27.09.2023 wird mit Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

Frau Ammann fragt an, wie die Einbeziehung der Fachämter in den verwaltungsinternen Arbeitsgruppen geschieht und wie dort die Entscheidungsfindung geregelt ist. Ihr Eindruck bei den bisherigen Koordinierungsrunden für Standorte sei, dass nicht alle fachliche Bedenken (insbesondere hinsichtlich verkehrliche und ökologische Belange) Berücksichtigung gefunden hätten.

Bzgl. einer möglichen Vergabe über Einzellose sieht sie eine einseitige Favorisierung der wenigen großen Konzessionäre, während kleinere Unternehmen nicht mit einbezogen würden. Das Argument, „dies würde das Ausschreibungsverfahren erschweren“, hält sie für fragwürdig. Wenn sie sehe, die Stadt Sorge sich, „dass ein zukünftiger Konzessionär neben den anfallenden Kosten einen Ertrag für sich erwirtschaften könne“, frage sie sich „auf welcher Seite die Stadt stehe“.

**Punkt 9.4**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0609/2023 (GRÜNE)**  
**Marktfrühstück - Dringender Handlungsbedarf**  
**Vorlage: 0991/2023**

Der Sachstandsbericht des Dez. III vom 28.06.2023 wird mit Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

Frau Mende-Daum bedauert, dass keine Marktanalyse zu erwarten sei. Dies sei aus ihrer Sicht gerade bei der Erstellung einer alternativen Konzeption des Marktfrühstücks, wie im Bericht avisiert, von Nutzen.

Frau Ammann sieht durch das Festhalten an wöchentlichen Veranstaltungen eine einseitige Bevorteilung der Winzer:innen und der Besuchenden des Marktfrühstücks durch das Dezernat III. Die Interessen der Anwohnenden, der Geschäftsleute und der Gastronom:innen sowie der Marktbesucher:innen würden als nachrangig angesehen. Der zusätzliche wöchentliche Sonntagstermin am Fischtorplatz habe darüber hinaus mit dem Marktfrühstück nichts zu tun.

Der Vorsitzende hebt den vorletzten Absatz des Berichts hervor. Es sei sehr bedenklich, wenn die Verwaltung offen zugebe, ordnungsbehördliche Mittel würden nicht ausreichen gegen zahlreiche Besuchende des öffentlichen Platzes auch ohne eine offizielle Veranstaltung.

## **Punkt 10**      **Beschlussvorlagen**

### **Punkt 10.1**      **Haushaltsangelegenheiten** **Schulwegsicherheit Kleine Weißgasse** **hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 354.898,74 €** **für das Haushaltsjahr 2023** **Vorlage: 0836/2023**

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **Punkt 10.2**      **Aktualisierung der nachrichtlichen Denkmalliste** **hier: Anhörung der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 3** **Denkmalschutzgesetz (DSchG) zur Eintragung bzw. Löschung von** **Kulturdenkmälern** **Vorlage: 0492/2023**

Die Beschlussvorlage wird nach Anhörung mit Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

Aus den Reihen des Ortsbeirates gibt es Anregungen und einzelne Bedenken. Die Unterschutzstellung des Ernst-Ludwig-Platz 2 (Werkstattbau) als Teil der Gesamtanlage sorgt in den Reihen des Ortsbeirats für breiten Protest. Die landschafts- und gärtnerischen Aspekte des Platzes werden von einigen Mitgliedern gepriesen; die Unterschutzstellung des Jubiläumsbrunnens als Einzeldenkmal hingegen löst bei einzelnen Mitgliedern vehementen Protest aus, während es von anderen - in Erinnerung an den früheren Zustand - gelobt wird.

Herr Dr. Hofner fragt bzgl. der Eisenbahnbrücke, inwieweit die Unterschutzstellung einem späteren Ausbau der Rheinquerung im Rahmen eines etwaigen Radschnellwegs hinderlich sein könnte und äußert Unverständnis für den Fall, dass dadurch die Verkehrswende durch den Denkmalschutz verhindert werden könnte.

## **Punkt 11**      **Mitteilungen und Verschiedenes**

### **Punkt 11.1**      **Termin Bürgerbeteiligung Rheinufer**

Am 04.07.2023 um 18 Uhr im Kurfürstlichen Schloss. Der Vorsitzende hofft auf zahlreiche Teilnahmen aus den Reihen der Altstadt.

**Punkt 11.2      Termin Bürgerinformation zur Ludwigstraße**

Das Stadtplanungsamt ist in Abstimmung mit dem Büro des Oberbürgermeisters, um einen Termin Anfang Juli festzulegen. Dem Vorsitzenden ist die Terminierung noch nicht bekannt; er bittet die Ortsbeiratsmitglieder, auch auf kurzfristige Ankündigungen zu achten.

**Punkt 11.3      Städtisches Toilettenkonzept**

Der Vorsitzende berichtet von der vorangegangenen Infoveranstaltung. Konkret im Bereich Altstadt gebe es Bedarf in der südlichen Altstadt/Hopfengarten, Ballplatz, Gedenkstätte St. Christoph, Ernst-Ludwig-Platz/Neugestaltung Regierungsviertel. Aktuell liege das Problem dabei, dass viele Toiletten nicht dem Standard entsprechen.

Aus den Reihen des Ortsbeirats wird angemerkt, dass die neuen Toilettenhäuschen dezent am Rande der genannten Plätze stehen sollten, auf die Aufteilung nach Geschlechtern geachtet und auf barrierefreie Kriterien sowie Ausstattung (Wickeltische) geachtet werden solle.

**Punkt 12      Stadtteilmittel**

Keine Wortmeldungen.

**Ende der Sitzung: 21:05 Uhr**

gez. Dr. Brian Huck  
.....  
**Vorsitz**

gez. Christoph Wagner  
.....  
**Schriftführung**